



INITIATIVE «AHVPLUS» GEFÄHRDET DIE AHV

AGV LEHNT VERANTWORTUNGS- LOSE INITIATIVE DES GEWERK- SCHAFTSBUNDS «AHVPLUS» AB

AGV. Das Präsidium des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV) lehnt die Volksinitiative «AHVplus» ab. Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes verkennt in dramatischer Weise die Realität. In einer alternden Gesellschaft ist allein die Sicherung des heutigen Rentenniveaus eine Herausforderung. Trotz demografischer Alterung fordert der Schweizerische Gewerkschaftsbund einen massiven Ausbau der AHV.

Wie die heutigen Renten in Zukunft überhaupt noch finanziert werden sollen, scheint unwichtig. Fest steht: Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Die Absicht von «AHVplus», die Renten pauschal um 10 Prozent zu erhö-

hen und damit jährliche Mehrkosten von 5,5 Milliarden Franken (per 2030) zu verursachen, steht daher quer in der Landschaft. Bereits heute schliesst die AHV negativ ab. Hält dieser negative Trend an, so blüht der AHV 2030 – ohne Reform – ein Defizit von 9 Milliarden Franken. Mit der AHVplus-Initiative würde sich dieses Defizit auf rund 14 Milliarden Franken erhöhen.

Anstatt die AHV-Renten mit der Giesskanne zu erhöhen, muss vielmehr das demografiebedingte Defizit in der AHV von jährlich gegen 9 Milliarden Franken verhindert werden. Dazu braucht es eine für Wirtschaft und Gesellschaft verkraftbare Reform der Altersvorsorge.

Angesichts des demografischen Trends einen Ausbau der Renten zu fordern, ist schlicht verantwortungs-

los. Fahrlässige Experimente à la «AHVplus», die schliesslich unser wichtigstes Sozialwerk gefährden, lehnt der AGV in Übereinstimmung mit Bundesrat und Parlament ab.



AHV gefährden statt sichern?

Teure
AHV-Initiative **NEIN**

NEIN ZUR VERANTWORTUNGS- LOSEN UND GEFÄHRLICHEN AHVPLUS-INITIATIVE

Eine Erhöhung der AHV-Renten um 10% ist zu teuer, begünstigt die Falschen, schadet der Generationensolidarität und gefährdet die laufende Reform der Altersvorsorge.

Die AHV ist wohl die grösste sozialpolitische Errungenschaft in unserem Land und das Fundament des 3-Säulen-Systems. Dank der AHV (inklusive Ergänzungsleistungen) konnte die Altersarmut in unserem Land weitgehend eliminiert werden. Für die meisten Rentnerinnen und Rentner ist die AHV das wichtigste Einkommen. 38% der Rentnerinnen leben ausschliesslich von der AHV. Seit der Einführung der AHV 1948 wurde sie 10 Mal revidiert und den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. Seit der 10. AHV-Revision von 1997 sind alle Revisionsvorhaben gescheitert.

Die AHV (ebenso die zweite Säule BVG) ist aber dringend revisionsbedürftig hinsichtlich Konsolidierung und Finanzierung. Deshalb hat der Bundesrat die Revision der Altersvorsorge 2020 in einer Gesamtübersicht vorgelegt. Die Umlagefinanzierung der AHV ist an ihre Grenzen gestossen. Im letzten Jahr hat die AHV 579 Millionen Franken mehr ausbezahlt als eingenommen und 2014 betrug der Verlust 320 Millionen Franken.

Die Forderung nach einem Zuschlag von 10% auf sämtlichen Altersrenten, wie es die Initiative will, liegt daher völlig quer in der Landschaft. Die Initiative ist zu teuer und bietet nicht einmal eine wirksame Hilfe für Rentnerinnen und Rentner, die auf ein grösseres Einkommen angewiesen wären.

Sie ignoriert die demographische Entwicklung und überfordert die Generationensolidarität. Zudem gefährdet sie die Revision Altersvorsorge 2020.



Auf diese drei Punkte gehe ich nachfolgend ein:

1. Die Initiative ist zu teuer und begünstigt die Falschen

Die Maximalrente würde von heute 2340 Franken auf 2574 Franken erhöht, die Minimalrente von 1170 Franken auf 1287 Franken. Die Mehrausgaben einer 10%igen AHV-Erhöhung würden insgesamt ca. 4,1 Milliarden Franken kosten. Finanziert würde sie durch eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,4% für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie durch eine Erhöhung des steuerfinanzierten Bundesbeitrages. Auch Rentenbezüger, die nicht darauf angewiesen sind, erhielten diesen Zuschlag von 10%. Diejenigen, welche eine höhere Rente nötig hätten, bekämen keine oder weniger Ergänzungsleistungen, so dass sie insgesamt nicht eine höhere Rente bekämen. Im Gegenteil,

für ca. 12% der Rentnerinnen und Rentner dürften die Ergänzungsleistungen ganz wegfallen. Weil EL nicht besteuert werden, müssten sie u.U. mit einem kleineren Einkommen auskommen als heute.

2. Die Initiative ignoriert die demographische Entwicklung und überfordert die Generationensolidarität

2030 werden in der Schweiz 60 000 Menschen das Rentenalter erreichen, rund 50 Prozent mehr als 2015. Derzeit leben rund 1,5 Millionen über 65-jährige Menschen in der Schweiz. In 30 Jahren werden es doppelt so viele sein. Gemäss bundesrätlicher Botschaft werden 2030 im AHV-Fonds ohnehin schon 7,5 Milliarden Franken fehlen, was rund 2 Mehrwertsteuerprozenten entspricht. Diese gewaltige Finanzierungslücke würde die AHVplus-Initiative per 2030 um weitere 5,5 Milliarden Franken

vergrössern. Aufgrund der demografischen Entwicklungen wird bereits die Gewährleistung des heutigen Rentenniveaus zu zusätzlichen Belastungen für Erwerbstätige und Arbeitgeber führen.

3. Die Initiative gefährdet die Altersreform 2020

Mit der aktuellen Vorlage Altersreform 2020, welche vom Ständerat beraten worden ist und in der Herbstsession vom Nationalrat behandelt wird, hat der Bundesrat eine Gesamtschau der ersten und zweiten Säule vorgelegt und gangbare Lösungsvorschläge auf der Leistungs- und Finanzierungsseite unterbreitet. Die Finanzierung der Altersvorsorge stellt uns vor grosse Herausforderungen, denn es braucht ohnehin mehr Mittel zur Sicherung der Renten. Alarmierend ist zudem, dass wir auch in der zweiten Säule eine Quersubventionierung von jährlich mehreren Hundert Millionen Franken von der berufstätigen Generation zu den Rentnerinnen und Rentnern haben, was im Kapitaldeckungsverfahren nicht geschehen dürfte. Eine Senkung des Umwandlungssatzes ist dringend nötig. Die Altersreform 2020 muss daher gelingen. Ein Scheitern können wir uns ebenso wenig leisten wie einen massiven Ausbau der AHV. Ich empfehle daher ein klares Nein!



Ruth Humbel

Nationalrätin CVP

Mitglied der vorberatenden
Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit (SGK)